

ENTSCHLIESSUNGSAVANTAG

der Abgeordneten Dr. Ewa Ernst-Dziedzic, Andreas Minnich, Kolleginnen und Kollegen

*Helmut Brandstetter
Harald Troch,*

betreffend Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression

eingebracht im Zuge der Debatte in der 195. Sitzung des Nationalrats über den Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 3076/A der Abgeordneten Gabriel Obernosterer, Jakob Schwarz, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz geändert wird (1914 d.B.) – TOP 6

Am 24. Februar 2023 jährt sich der erste Jahrestag seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine. In seiner Entschließung vom 24. Februar 2022 hat der österreichische Nationalrat den vom russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin am selben Tag angeordneten Angriffskrieg in der Ukraine als Verletzung des Völkerrechts und der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine auf das Schärfste verurteilt.

In weiterer Folge hat der Nationalrat den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine in weiteren Entschließungen aufs Schärfste verurteilt und seine volle Solidarität mit der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung mehrmals bekräftigt. Seit der russischen Invasion in der Ukraine wurden neun weitreichende Sanktionspakete gegenüber Russland und Sanktionen gegen Belarus durch die EU verabschiedet, die Österreich vollinhaltlich mitträgt. Die Fortsetzung des geschlossenen und einheitlichen EU-Auftretens gegenüber der russischen Aggression und die uneingeschränkte Unterstützung der ukrainischen Souveränität und territorialen Integrität ist dabei von herausragender Bedeutung.

Der Einmarsch in der Ukraine war eklatant völkerrechtswidrig, unprovokiert und widerspricht der UN-Charta. Der Angriff wird jedoch mit unveränderter militärischer Härte, gezielt lancierter Desinformation und Cyberattacken fortgeführt. Der Beschuss ziviler Objekte wie Wohngebiete oder Krankenhäuser durch die russische Armee stellt eine massive Missachtung für das Leben von Zivilistinnen und Zivilisten, darunter von Kindern, sowie eine Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Die bisherige Bilanz der russischen Aggression ist verheerend: Mehr als 40.000 russische Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden dokumentiert; mehr als 3.000 Bildungseinrichtungen, Schulen, Kindergärten und Universitäten, wurden von Russland bombardiert. Auch Spitäler und Kultureinrichtungen wurden angegriffen, und unzählige Wohngebäude attackiert und zerstört. Tagtäglich wird die zivile Infrastruktur, einschließlich der Energieinfrastruktur durch den russischen Aggressor bombardiert und der ukrainischen Zivilbevölkerung völkerrechtswidrig unfassbares Leid hinzugefügt. Mit den gezielten russischen Angriffen auf zivile kritische Infrastruktur, sowie die Besetzung des KKW Saporischschja hat dieser Krieg eine neue Dimension erreicht. Vor allem aber hat der Krieg zu einer humanitären und menschenrechtlichen Katastrophe geführt.

Diese Aggression Russlands gegen die Ukraine ist derzeit die größte Bedrohung für den Frieden weltweit und insbesondere für die europäische Sicherheitsarchitektur sowie die demokratischen Werte in Europa.

